

## **Opposition oder politische Verantwortung**

### **Bemerkungen zu den „Vorschlägen der Fraktion DIE LINKE. für neue deutsche Initiativen zur Nahost-Politik“ vom 17. August 2006**

**von Reiner Bernstein**

Es ist sehr zu begrüßen, dass die BT-Fraktion DIE LINKE. Vorschläge für eine Überprüfung und Revision der deutschen Nahostpolitik entwickelt und vorlegt. Sie liefern für diese Region höchst bedenkenswerte Anregungen, um die inflationären und hilflosen Appelle an die Konfliktparteien, endlich friedenspolitischen Optionen eine Chance zu geben, durch eine pro-aktive und weitreichende deutsche Nahostpolitik zu ersetzen, die notwendige humanitäre Hilfsangebote mit zukunftsfähigen politischen Strategien verbindet. Die Aussagen zur Notwendigkeit, die zivilgesellschaftlichen Institutionen vor Ort zu stärken, sind von besonderem Wert.

Aufgrund langer wissenschaftlicher und publizistischer Erfahrungen mit dem Nahen Osten erlaube ich mir gleichwohl fünf Bemerkungen zu den genannten Vorschlägen:

1. Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern sind der zentrale Konflikt im Nahen Osten. Ohne ihn hätte der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah nicht stattgefunden. Wären Regelungen zwischen Israel und Syrien über die Zukunft der Golanhöhen – zu denen die Shebaa-Farmen gehören – erreicht worden, hätten dem Damaszener Regime die Grundlagen und Anlässe für seine waffentechnische und politische Unterstützung für die „Partei Gottes“ gefehlt. Für den Iran von Präsident Machmud Achmadinedjad gilt ebenso wie für die arabischen Autokratien: Proklamationen zur „Befreiung Palästinas“ sind ein willkommenes Instrument, von notwendigen innenpolitischen Reformen abzulenken und sie auf den Tag nach dem Ende der israelisch-palästinensischen Konfrontation zu verschieben. Angesichts ihrer Symbolik muss die Überwindung des Konflikts im Vordergrund aller internationalen Bemühungen stehen.
2. Die Vorschläge fordern die Europäische Union zur Wiederaufnahme der „materiellen Hilfen für die palästinensische Autonomiebehörde ohne Einschränkungen“ auf. Nach meinem Kenntnisstand sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EU vor Ort penibel damit beschäftigt, die vereinbarten Transaktionen an „ Hamas“ vorbeizumanövrieren. Dieses bürokratische Verfahren, das sich auf politische Vorgaben aus Brüssel beruft, bindet Energien und löst darüber hinaus vielfach Irritation und Peinlichkeit aus. Angesichts der schwelenden innerpalästinensischen Kontroversen zwischen den „ Hamas“-Flügeln um Ministerpräsident Ismail Haniyeh und dem Chef der Politischen Abteilung in Damaskus, Khaled Meshal, auf der einen und Präsident Machmud Abbas auf der anderen Seite kommt die Fraktion nicht um Stellungnahmen herum.
3. Die Absage an eine deutsche Beteiligung an einer UN-geführten Schutztruppe ist überzeugend. Sie steht jedoch in einem logischen Spannungsverhältnis zu den wohlmeinenden Bemerkungen zum Ausbau der UNIFIL-Mission. Deshalb sollte überlegt werden, ob sich hierzu eine Aussage empfiehlt, zumal da sich die Fraktion ohne Einfluss auf das UN-Mandat dem Verdacht aussetzt, damit einhergehende Aufgaben und Belastungen auf andere Staaten abzuwälzen. Sollte es jedoch bei der Entscheidung bleiben, sich dazu äußern zu wollen, ist der Forderung voll zuzustimmen,

dass die UN-Schutztruppe auch auf israelischem Territorium an der Nordgrenze stationiert wird; die gleichsam verlegene Verteidigung dieser Forderung mit einem „im übrigen“ erübrigt sich. Die von Ministerpräsident Ehud Olmert im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ konditionierte Zustimmung zu einem deutschen Kontingent, allein die israelische Bevölkerung zu schützen, würde die Soldaten binnen kurzem zwischen die Fronten geraten lassen.

4. Die Forderung einer unbefristeten internationalen Friedenskonferenz analog der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist ambitioniert, aber wirklichkeitsfern. Denn abgesehen davon, ob sie in Berlin politisch gut verortet wäre, müsste vor ihrer Etablierung, wenn die Zentralität des israelisch-palästinensischen Konflikts anerkannt wird, die nationale Ebenbürtigkeit der Palästinenser gewährleistet sein. Insofern vernachlässigen die Vorschläge eine Anomalität, die sich in der Publizistik häufig in der bedenklichen Parallelisierung „Israel und Palästina“ ausdrückt. Da die Realisierung eines Staates Palästina an der israelischen Politik scheitert, sollte von Seiten der Fraktion desto größeres Gewicht auf die Stärkung jener Kräfte in der israelischen Gesellschaft Wert gelegt werden, die sich um eine grundlegende Alternative zur Blockadepolitik ihrer Regierung(en) bemühen. Ähnliches gilt für die Unterstützung jener palästinensischen Gruppen, die für die Einkehr der politischen Vernunft plädieren. Für die Fraktion könnten solche Modelle eine gewichtige Ergänzung zum Primat intergouvernementalen Handelns sein.
5. Die Rolle der USA im Nahen und Mittleren Osten findet in dem vorliegenden Papier keine Erwähnung, obwohl sie von überragender Bedeutung ist. Dringlich sind Ausführungen zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Alle Erfahrungen seit 1970 belegen, dass ausbleibende oder mangelbehaftete Abstimmungen unter den EU-Partnern – jenseits der unterschiedlichen nationalen und historisch bedingten Interessen in und gegenüber der Region – den dortigen Konfliktparteien willkommene Vorwände für Interventionen mit dem Ziel bieten, friedenspolitische Initiativen zum Scheitern zu bringen.

Insgesamt gesehen, wäre den Vorschlägen eine Differenzierung zwischen Aufgaben des Krisenmanagements und strukturpolitischen Lösungsansätzen zu wünschen. Der jüngste Krieg beschwört die Gefahr, dass die Palästinenser seine wahren Verlierer sind. Schon jetzt wird deutlich, dass sich die israelische Regierung gegen „Zumutungen“ verwahrt, Teile der Westbank einer Autonomiebehörde zu übertragen, weil diese nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen auch von hier aus israelische Städte und Ortschaften unter Beschuss nehmen werde. Die Einhegung dieses Konflikts bietet in vielfältiger Weise den Schlüssel für Chancen der Befriedung im Nahen Osten.

<http://www.reiner-bernstein.de>